

Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Deutsch-Pakistanische Regierungsverhandlungen

Das Bonner Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat Pakistan für das neue Haushaltsjahr rund 102 Millionen Mark Entwicklungshilfe zugesagt (1990: 200,5, 1992: 124,2 Millionen). Dies gab das BMZ am 15. September bekannt. Die deutsche Delegation habe bei den Gesprächen in Islamabad vor allem die "marktwirtschaftlich orientierte Reformpolitik" von Benazir Bhutto positiv bewertet. Es seien aber auch die Situation der Minderheiten und Probleme der Drogenpolitik angesprochen worden, hieß es in Bonn. Das Abkommen sieht vor, daß 70 Millionen Mark in die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und rund 32 Millionen in die Technische Zusammenarbeit (TZ) fließen. Mit dem FZ-Etat soll unter anderem ein Familienplanungsprogramm mit zehn Millionen Mark bezuschußt werden. Mit den Mitteln der TZ werden vor allem Selbsthilfeprojekte im Rahmen der ländlichen Entwicklung, Berufsausbildungsprojekte und Umweltschutzmaßnahmen gefördert.

Hochwasserkatastrophe

Die heftigen Monsun-Regenfälle in den Monaten August und September haben in weiten Teilen des Landes eine Flutkatastrophe ausgelöst, die bisher mehrere Hundert Menschenleben gefordert und mehr als 83.000 Häuser zerstört hat. Dies geht aus einer am 18. September von der Regierung veröffentlichten Schadensbilanz hervor.

Kinder in Gefängnissen

Der Oberste Gerichtshof will sich anscheinend mit der Situation der Kinder in den Gefängnissen des Landes auseinandersetzen. Der Vorsitzende Richter Sajjad Ali Shah forderte im August von allen Haftanstalten einen Bericht über die Zahl der inhaftierten kleinen Kinder an. Die unabhängige Menschenrechtsorganisation 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP) schätzt die Zahl der hinter Gefängnistoren lebenden Kinder unter

zwölf Jahren auf mehrere tausend. Allein in den Gefängnissen der Provinz Punjab sollen 2.500 Minderjährige einsitzen. 53 von ihnen wurden nach Angaben der Menschenrechtsorganisation zum Tode verurteilt und warten auf ihre Hinrichtung. Andere sind zusammen mit ihren zu Haftstrafen verurteilten Müttern hinter Gefängnismauern geraten, darunter auch Säuglinge.

Pressefreiheit bedroht

Die pakistanischen Printmedien haben wiederholt in scharfer Form gegen Eingriffe der Regierung in die Pressefreiheit protestiert. Nachdem bereits in mehreren führenden Publikationen entsprechende Leitartikel erschienen waren, veranstaltete der führende Presseverband 'Council of Pakistan Newspaper Editors' (CPNE) Anfang September in Lahore eine Dringlichkeitssitzung. Nach einem Bericht der 'Friday Times' warnte der Vorsitzende Z.A. Suleri auf einer zu diesem Anlaß einberufenen Pressekonferenz davor, daß das Justizministerium gegenwärtig zwei Gesetze vorbereite, die die Pressefreiheit erheblich einschränken. Gegen kritische Journalisten habe die Regierung wiederholt Verleumdungskampagnen gestartet, um sie zum Schweigen zu bringen. Regierungsfunktionäre würden über mißliebige Redakteure Dossiers anlegen, um sie damit zu erpressen. Außerdem habe die Regierung in der letzten Zeit in mehreren Fällen versucht, prominente Journalisten mit hohen Bestechungsgeldern für regierungskonforme Berichterstattung zu kaufen.

Skandal um Sharif Interview

In einem am 12. September in der 'Washington Post' erschienenen Interview behauptet Ex-Premier Nawaz Sharif, daß bei seinem Amtsantritt im Herbst 1990 der damalige Generalstabchef Aslam Beg und der Chef des militärischen Geheimdienstes ISI, Asad Durrani, an ihn mit der Bitte herangetreten seien, verdeckte Militäroperationen im Ausland mit Drogengeschäften finanzieren zu dürfen. Diese Enthüllungen des Oppositionsführers

gegenüber einer US-amerikanischen Tageszeitung sorgten in Pakistan in politischen Führungskreisen für erhebliche Aufregung. Aslam Beg, inzwischen Vorsitzender der in Islamabad mitregierenden PML (J), und Durrani, seit kurzem Botschafter in Bonn, ließen umgehend dementieren. Aus dem Hauptquartier der Armee verlautete, man nehme die Angelegenheit sehr ernst. Es handle sich dabei um eine "wohlberechnete Kampagne, die das Ansehen der wichtigsten Institution Pakistans schmälern soll." Innenminister Nasirullah Babar bezeichnete Sharif als "verantwortungslos" und warf ihm mangelnde politische Moral vor. Sharif bestreitet inzwischen vehement, das Interview gegeben zu haben und behauptet, es handle sich dabei um eine frei erfundene Geschichte. Die Angelegenheit sei fabriziert worden, um die Armee gegen ihn aufzubringen und ihn politisch zu schädigen. Die 'Washington Post' und ihr pakistanischer Korrespondent Kamran Khan beharren hingegen auf der Authentizität des Interviews. Sollte es zu einem Prozeß kommen, werde man die Tonbandaufnahmen als Beweismittel vorlegen. Damit reagierte die Zeitung auf die Drohung Sharifs, die 'Washington Post' auf 100 Millionen Dollar Schadensersatz zu verklagen.

Streit um Atombombe

Pakistan verfügt nach den Worten des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif über Nuklearwaffen. Wie die unabhängige Nachrichtenagentur PPI meldete, sagte der Oppositionschef am 23. August auf einer öffentlichen Kundgebung im pakistanischen Teil Kashmirs: "Ich bestätige, daß Pakistan die Atombombe besitzt." Zugleich warnte er Indien vor einem militärischen Angriff auf Pakistan, da dies einen Atomkrieg auslösen könnte. Damit widersprach Bhuttos Amtsvorgänger erstmals der offiziellen Darstellung von Regierung und Armeeführung, wonach Pakistan sich gegen die technisch mögliche Herstellung von Atombomben entschieden habe. Während seiner Amtszeit in den Jahren 1990 bis 1993 hatte

auch Nawaz Sharif stets westliche Vermutungen bestritten, daß sein Land im Besitz von nuklearen Sprengsätzen ist. Kritiker beschuldigten Sharif, "sich wie ein indischer Agent zu verhalten." Außenminister Assef Ali meinte, Pakistan habe keine Atomwaffen und wolle auch keine bauen. Premierministerin Bhutto bezeichnete die Behauptungen als "höchst unverantwortliche Erklärung". Tatsächlich fand die Rede Sharifs vor allem in Indien große Beachtung. Ein Sprecher des indischen Außenministeriums wertete die Worte des pakistanischen Ex-Premiers als Bestätigung der Befürchtungen Indiens und bezeichnete Pakistan als Bedrohung für die Stabilität der Region. Prominente Oppositionspolitiker nutzten die Gelegenheit, um auch für Indien ein Nuklearwaffenprogramm zu fordern.

Westliche Experten gehen davon aus, daß sowohl Indien als auch Pakistan über mehrere nukleare Sprengsätze verfügen. Auf dem Höhepunkt der Kashmirkrise im Herbst 1990 wäre es nach neueren Informationen fast zu einem Atomkrieg zwischen beiden Ländern gekommen. Beide Kontrahenten weigern sich bisher, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten, der eine internationale Überprüfung der nuklearen Anlagen erlauben würde. Nach Auskunft von Fachleuten gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß nach Indien jetzt auch Pakistan an einem nuklearwaffentauglichen ballistischen Trägersystem arbeitet. Es soll sich dabei um eine in ihrer Reichweite verbesserte Version der chinesischen M-11-Rakete handeln.

Pakistan war in den vergangenen Wochen auch in den Verdacht geraten, in einen in Berlin aufgedeckten Plutonium-Schmuggelfall verwickelt zu sein. Der pakistanische Botschaft in Bonn, Asad Durrani, bestreitet dies jedoch.

Frankreich liefert U-Boote

Frankreich verkauft Pakistan drei dieselgetriebene U-Boote und Exocet-Seeraketen. Der französische Verteidigungsminister unterzeichnete am 21. September in Islamabad ein entsprechendes Lieferabkommen im Wert von rund 1,5 Milliarden Mark. Die mit modernster Rüstungselektronik ausgestatteten Unterseeboote der Agosta-90-B-Klasse sollen im Konfliktfall eine Blockade des Hafens etwa durch die indische Marine verhindern. Der pakistanische Verteidigungsminister Mirani wies darauf hin, daß sich

Frankreich verpflichtet habe, keine U-Boote dieses Typs und keine Exocet-Raketen an Indien zu verkaufen. Um den heftig umkämpften Auftrag hatten sich auch Großbritannien, Schweden, China und die Niederlande bemüht. Frankreich ist für Pakistan einer der wichtigsten Lieferanten für Rüstungsgüter.

Blutbad in Parteibüro

Unbekannte Täter haben am 8. September in Karachi bei einem Feuerüberfall auf ein Parteibüro der MQM (Haqiqi) ein Blutbad angerichtet. Wie die pakistanische Presse berichtete, wurden sechs Menschen getötet und drei weitere verletzt, als fünf mit Kalaschnikows bewaffnete Männer in das Büro eindrangen und um sich schossen. Sprecher der vor zwei Jahren als Abspaltung der von Altaf Hussain geführten MQM (Altaf) gegründeten Gruppierung machten die ehemalige Mutterpartei für den Anschlag verantwortlich. Seit Beginn des Jahres tragen die beiden miteinander verfeindeten Flügel des 'Mohajir Qaumi Movement', die vor der Spaltung als Interessenvertreter der aus Indien eingewanderten urdu-sprachigen Minderheit als drittgrößte Partei Pakistans galt, eine blutige Fehde aus, die bisher auf beiden Seiten mindestens 70 Menschenleben forderte. Trotz starker Militär- und Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit stehen die Sicherheitskräfte der Gewaltwelle hilflos gegenüber. Auch die in Karachi schwelenden Auseinandersetzungen zwischen militanten schiitischen und sunnitischen Sekten drohen nach jüngsten Meldungen zu einem Privatkrieg zu eskalieren. Offenbar gibt es bereits Verflechtungen zwischen beiden Konflikten, da die religiös motivierten Terrorgruppen nach pakistanischen Presseberichten mit den MQM-Fraktionen gegeneinander gerichtete Koalitionen gebildet haben.

ai fordert Schutz der religiösen Minderheiten

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) hat einen Pakistan-Bericht mit dem Titel "Use and abuse of the blasphemy laws" veröffentlicht, der die Regierung auffordert, die religiösen Minderheiten des Landes vor willkürlicher Unterdrückung zu schützen. ai kommt in dem Dossier zu dem Schluß, daß der Druck auf kleine, nicht-muslimische Glaubensgemeinschaften immer mehr zunimmt. Mehrere Dut-

zend Menschen seien in den letzten Jahren in Pakistan wegen Gotteslästerung angeklagt, zwei Männer sogar zum Tod verurteilt worden, heißt es in dem Report. Außerdem seien mehrere Menschen von muslimischen Fanatikern in Selbstjustiz getötet worden. Die Blasphemie Anklagen würden eingesetzt, um Angehörige der religiösen Minderheiten einzuschüchtern und zu bestrafen. ai wertet die Inhaftierungen wegen angeblicher Gotteslästerung als Verletzungen der Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit. Die meisten Verfolgten sind Mitglieder der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft, aber auch Christen.

Ausweisung von Einwanderern

Nach einem Plan der Regierung sollen rund eine Million "illegaler Einwanderer" aus Karachi ausgewiesen werden, weil diese Personen zu einem großen Problem geworden seien. Ein Plan zur Ausweisung der Menschen steht offenbar kurz vor dem Abschluß. Die meisten der in der Hafenmetropole lebenden Einwanderer stammen aus Indien, Afghanistan, Bangladesh und Myanmar (Burma).

Waffenverbot

In der Hauptstadt Islamabad dürfen in der Öffentlichkeit keine Waffen mehr getragen werden. Dies hat das Bundeskabinett beschlossen. Informationsminister Kharal bezeichnete das Dekret als Maßnahme gegen die Gewalt im Land, die auch auf weitere Städte und Regionen ausgedehnt werden könnte.

17 Tonne Haschisch und Heroin beschlagnahmt

In den Monaten August und September haben die pakistanischen Behörden 17 Tonnen Heroin und Haschisch in verschiedenen Landesteilen sichergestellt, die teilweise für den europäischen Markt bestimmt waren

Entwicklungsexperte erschossen

Ein Entwicklungsexperte aus der Schweiz, Projektleiter einer Elektroingenieurschule ist in Karachi auf dem Weg zu seinem Arbeitsplatz von unbekanntem Tätern erschossen worden. Das Motiv für das Attentat blieb unklar. Der Ermordete, der seit zweieinhalb Jahren mit seiner Frau in Karachi lebte, sollte im Oktober abgelöst werden.